

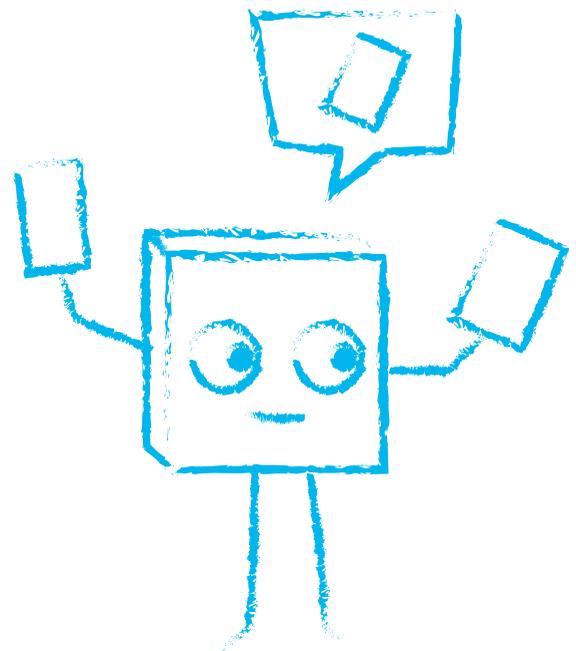
VERANTWORTUNG UND MITGESTALTUNG IN BILDUNGSPROZESSEN – ANREGUNGEN ZUR PROFESSIONELLEN SELBSTREFLEXION

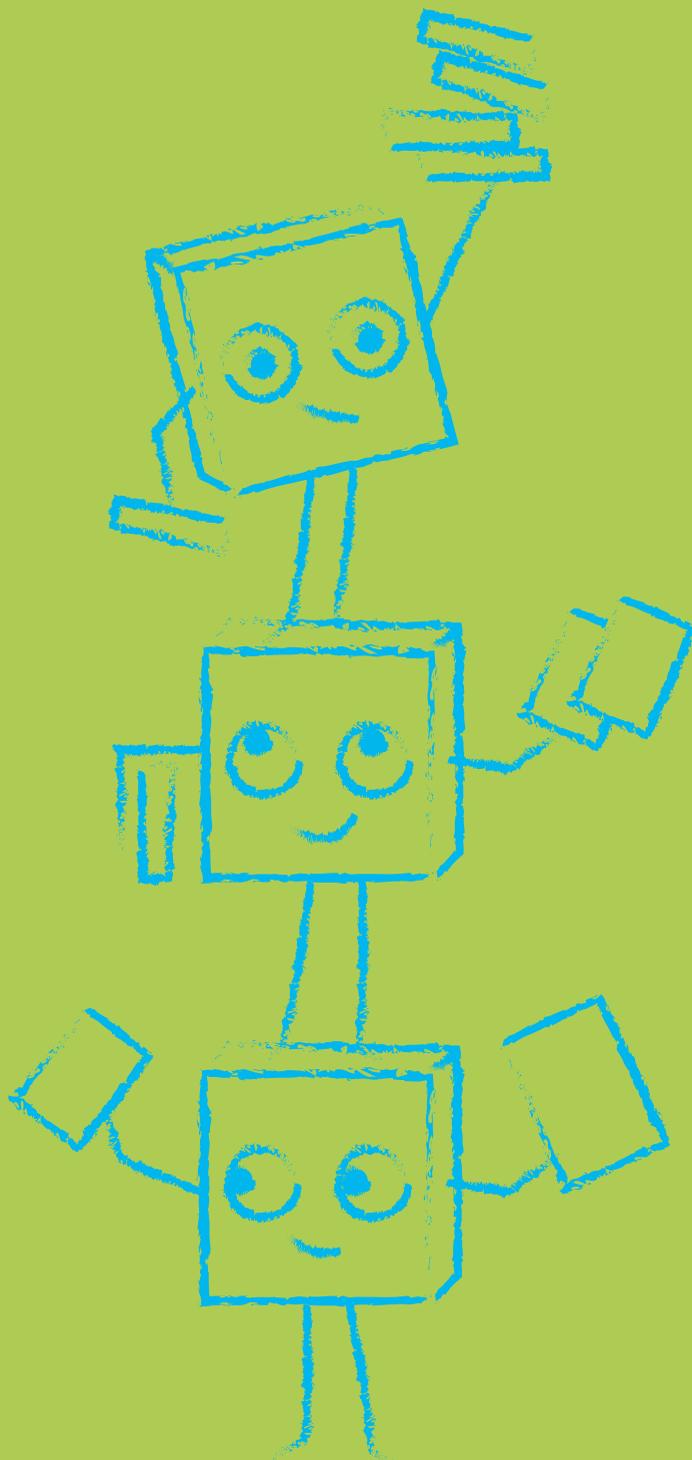
Eine politische Bildung, die Jugendliche als Mitgestalter*innen ernst nimmt und stärken will, muss selbst in der Gestaltung von Bildungsprozessen konkrete Angebote der Verantwortungsübernahme machen, die den Interessen, Anliegen und Fähigkeiten von Jugendlichen entsprechen. Dies gehört zum professionellen Selbstverständnis außerschulischer Bildner*innen. Aus diesem Anspruch ergeben sich in der Praxis politischer Bildung unterschiedliche Herausforderungen. Der Artikel möchte zu einer praxisorientierten Selbstreflexion einladen.

Wofür kann, soll, muss ich individuell Verantwortung übernehmen?

Offenbar haben derzeit viele Menschen den Eindruck, dass zu viele und häufig zu viele negative Informationen auf sie einprasseln. Dies legt der Digital News Report 2023, herausgegeben vom Reuters Institut for the Study of Journalism, zum Thema „News Avoidance“ nahe. Darin berichten die Autor*innen von einer international beobachtbaren Zunahme derjenigen, die bewusst aktuelle Nachrichten vermeiden, zum Beispiel indem sie schnell vorbeiscrollen oder den Sender wechseln (53 Prozent), Nachrichten bewusst nur zu bestimmten Zeiten konsumieren (52 Prozent) oder insbesondere Themen vermeiden, die auf die Stimmung drücken und mit Angst verbunden sind (32 Prozent). Schaut man auf Deutschland, wird letzteres Verhalten am Beispiel der Ukraine deutlich. Immerhin 52 Prozent derjenigen, die Nachrichten vermeiden oder reduzieren, tun dies mit Blick auf den russischen Krieg gegen die Ukraine.¹ Es liegt nahe, diese Befunde nicht nur mit der aktuellen Häufung von existentiellen Krisen und Bedrohungen in Beziehung zu setzen, sondern auch mit einem veränderten Nutzungsverhalten.

Dies betrifft gerade Jugendliche: Ihr Mediennutzungs- und Informationsverhalten ist besonders durch Plattformen wie Youtube, Tiktok oder Instagram geprägt, deren Feeds zum Teil wild gemischte Inhalte in schneller Folge auf das Smartphone bringen. Damit haben sich Herausforderungen verändert: In der Vergangenheit war es mit Zeit und Aufwand verbunden, als mündige*r Bürger*in gut informiert zu sein und Wissen zu erwerben. Heute sind mit der Omnipräsenz von mehr oder minder verlässlichen, online zugänglichen Informationen Kompetenzen in den Mittelpunkt gerückt, die auf die Bewertung der Qualität, Relevanz und Glaubwürdigkeit von Informationen zielen.





Wie hängt dies mit dem Thema Verantwortung zusammen? Die Zahlen zur „News Avoidance“ legen nahe: Auch die Frage, wie man sich emotional zum Überfluss an Informationen verhält, braucht ständige Reflexion und muss damit Bestandteil politischer Bildung werden. Kein Mensch kann sich gleichermaßen für Klimakrise, Krieg und andere Herausforderungen verantwortlich fühlen. Zumal wenn gerade junge Menschen bei vielen Themen zunächst wenig (Mit-)Gestaltungsmöglichkeiten für sich erkennen. Politische Bildung sollte daher – vielleicht mehr noch als in der Vergangenheit – eine Rhetorik der Verantwortungsübernahme vermeiden, die vorgibt, jede*r könne sich überall einbringen, wenn er oder sie nur wolle. Vielmehr sollte sie aufzeigen, dass es lohnenswert ist, sich überhaupt kritisch mit aktuellen Herausforderungen auseinanderzusetzen und sie besser verstehen zu wollen. Sie sollte ehrlich und durchaus selbstreflexiv die Grenzen eigenen Handelns, zum Beispiel mit Blick auf die Klimawandel benennen, und zugleich dazu ermutigen, bewusst nach eigenen Möglichkeiten der Verantwortungsübernahme zu suchen.

Dass dies eine Option ist, in der sich Jugendliche wiederfinden, zeigt der Blick in aktuelle Jugendstudien. Die größten Sorgen junger Menschen sind laut Junges Europa 2023 (TUI Stiftung²) und Jugend 3.0 (Vodafone Stiftung³) die Inflation, der fortschreitende Klimawandel und aktuelle Kriege. Jugendliche übernehmen Verantwortung zunächst im individuellen Handeln, beispielsweise indem sie möglichst nachhaltig reisen oder einkaufen und Sach- oder Geldspenden leisten. Interessant ist, dass sie tendenziell öffentliche Positionierungen zum Beispiel durch Teilnahme an Demonstrationen, Eintritt in Parteien oder Ähnliches meiden und sich eher in ihrem Freundes- oder Kolleg*innenkreis positionieren.

Sie beschreiben ihre Motivation dazu als Möglichkeit, sich selbst weiterzuentwickeln, oder aus dem Gefühl, moralisch zum Handeln verpflichtet zu sein. Dies gilt besonders für Themen, die sie direkt betreffen, wie den Klimawandel oder Rassismus.⁴

Wie kann politische Bildung Verantwortungsübernahme ermöglichen?

Eine zweite zentrale Frage zielt auf das Professionsverständnis politischer Bildner*innen und ihre Rollen, wenn Teilnehmende zu Mitgestalter*innen von Bildungsprozessen werden.

Den Ausgangspunkt bildet dabei der Anspruch, Bildungsprozesse mit einer dialogischen Qualität zu gestalten, die sich auf die Lebenswelt junger Menschen beziehen, daran anschlussfähig sind und zu intersubjektiven Lernverhältnissen werden. Dies gelingt, wenn Pädagog*innen/politische Bildner*innen „mit ihrem Wissen und Können, ihren Themen und Botschaften [...] für die Entwicklung des Selbst, für die politisch-mentale Identität bzw. elementare Identitätsgefühle und für Veränderungen (im Sinne eines lebenslangen Projektes) als spiegelnde Objekte (im psychoanalytischen Sinne)“ wirken können.⁵ Der 16. Kinder- und Jugendbericht führt aus: „Den aussichtsreichsten Ausgangspunkt für die Erschließung von entsprechenden Potenzialen [für demokratische Bildungsprozesse – Anm. d Verf.] bildet eine professionelle Haltung, speziell die Fähigkeit, das Verhalten und die Äußerungen der Kinder und Jugendlichen bewusst wahrzunehmen und politisch-gesellschaftliche Themen, Vorstellungen vom Zusammenleben und Bedürfnisse zu deuten und anschließend dialogisch zu klären.“⁶

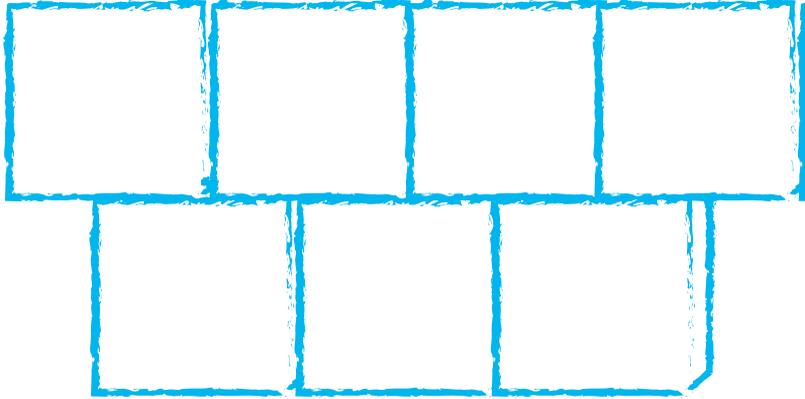
Dies bedeutet mit Blick auf Verantwortungsübernahme aber auch, dass diese nicht einfach in einer Verantwortungsabgabe der politischen Bildner*innen bestehen kann, sondern im Gegenteil mit einer Schärfung der eigenen Wahrnehmung und mit einer fortlaufenden Selbstreflektion einhergehen muss. Mitgestaltung und das Teilen von Verantwortung für den Erfolg einer Veranstaltung kann sehr niedrigschwellig beginnen, etwa indem Teilnehmende Energizer oder eher informelle Teile übernehmen. Sie kann sich verstärken, indem die Programmplanung prozessorientiert an Anliegen angepasst wird oder bewusst Freiräume für selbstgestaltete Lernprozesse eingeplant werden. Teilnehmende können durch die Veranstaltung auf Moderationen oder aktive Rollen, zum Beispiel im Gespräch mit externen Referent*innen oder Politiker*innen, vorbereitet werden. Und sie können letztlich, gerade auch in offenen Formaten, mehrteiligen Veranstaltungen oder Projekten, auch eigene Angebote entwickeln und umsetzen. In einer Kultur, die dazu einlädt, die eigenen Anliegen aktiv einzubringen und für sie einzutreten, kann dies nicht zuletzt auch zur Infragestellung des ganzen Bildungsprozesses führen.

Ob eine solche schrittweise Verantwortungsübernahme erfolgt, hängt maßgeblich davon ab, ob politischer Bildner*innen für sich geklärt haben, wie stark sie – auch mit Blick auf andere Ziele, die eine Veranstaltung möglicherweise hat – ihre Verantwortung teilen oder abgeben wollen. Zudem müssen sie in der Lage sein, über dieses professionelle Selbstverständnis, damit einhergehende Rollen und Verantwortlichkeiten Transparenz herzustellen und diese gemeinsam mit den Teilnehmenden zu thematisieren. Letztlich bleiben sie dabei als Fachkräfte aber immer in einer spezifischen Position gegenüber der Lerngruppe: Schon im Vorfeld eines Projekts oder einer Veranstaltung treffen sie vielfältige Entscheidungen, die den Bildungsraum bestimmen, indem die Teilnehmenden Verantwortung übernehmen oder

Mitgestaltung ausüben können. Diese grundlegende Verantwortung, die sich auch darin ausdrückt, alle Lernenden mit ihren Bedürfnissen im Blick zu haben, lässt sich nicht delegieren, sorgt sie doch für die Erfüllung der Qualitätsansprüche außerschulischer politischer Jugendbildung.

Dabei ist es notwendig, sich selbstreflexiv mit dem eigenen Verständnis des pädagogisch gestalteten Raumes auseinanderzusetzen: „Durch die Wahl eines bestimmten physischen Ortes, aber auch mit der bewussten Setzung von Regeln, der Auswahl von Angeboten und Themen, wird ein Umfeld geschaffen, das optimale Bedingungen für gemeinsame Gruppen- und Lernprozesse ermöglichen und Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Fähigkeiten eine gleichberechtigte Teilnahme ermöglichen soll.“⁷ Je stärker Teilnehmende in Mitverantwortung kommen, desto mehr kann dieser pädagogische Raum gemeinsam mit ihnen eine Qualität erhalten, die der Gruppe entspricht.

Wo immer Teilnehmende Verantwortung, beispielsweise für die Gestaltung einzelner Teile, übernehmen, sind politischer Bildner*innen also besonders gefragt, die richtige Balance innerhalb des Lernraums zwischen Mitgestaltungsmöglichkeiten und ihrer eigenen Verantwortung zu finden.



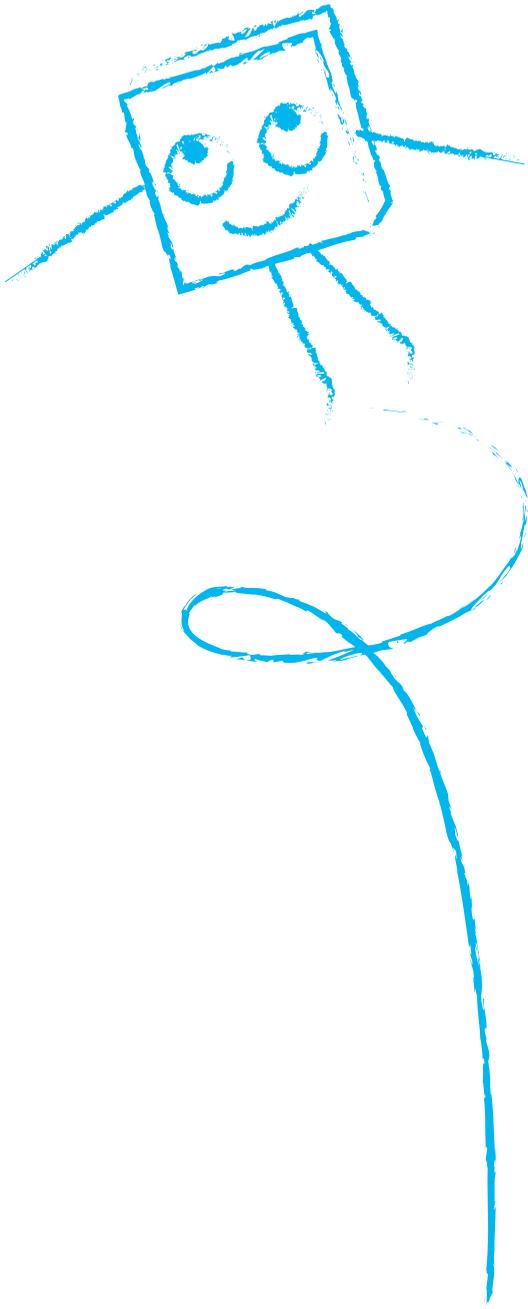
Wie gelingt Mitgestaltung praktisch und was ist daran reizvoll?

Eine dritte praktische Frage verbindet sich mit den praktischen Rahmenbedingungen für Verantwortungsübernahme und Mitgestaltung. Es gibt viele nachvollziehbare Gründe, warum politische Bildner*innen vor allzu weitreichenden Möglichkeiten zur Verantwortungsübernahme in Bildungsprozessen zurückschrecken. Als Veranstalter*innen müssen sie zumeist frühzeitig Räume buchen und damit einige Rahmenbedingungen festlegen. Sie haben als Projektmanager*innen die Finanzen im Blick und müssen sich um die Mitteleinwerbung kümmern. Als Netzwerker*innen haben sie zu entscheiden, in welche Richtungen überhaupt Kooperationen aufgebaut werden. Und bereits in der inhaltlichen Leitung treffen sie viele richtungsweisende Entscheidungen zu den Zielen, Zielgruppen, zeitlichen Rahmenbedingungen, Formaten und Methoden. Sie identifizieren gesellschaftspolitische Herausforderungen, die sie in ihrer Arbeit aufgreifen wollen, und haben – auch vor dem Hintergrund ihrer eigenen Positionen und ihres professionellen Selbstverständnisses – eine Idee davon, was sie bei den Jugendlichen bewirken wollen.

Vor dem Hintergrund dieser notwendigen, legitimen Verortungen hat sich die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) intensiv mit der Frage beschäftigt, wie Jugendliche zu Mitgestalter*innen von einzelnen Veranstaltungen, Methodenentwicklungen, Projekten oder Akademiearbeit werden können.

Dabei sind zwei Dinge deutlich geworden: Erstens, Mitgestaltung gelingt, wenn sie selbst als wichtige Lernerfahrung politischer Bildung begriffen und integriert wird. Angebote der politischen Bildung ermöglichen, eine Verantwortungsübernahme „unter Ernstbedingungen auszuprobieren und mit den Folgen des eigenen Handelns konfrontiert zu werden, wenn in unterschiedlichen Formen ‚Verantwortung für sich und andere‘ (ebd.) übernommen wird.“⁸ So können junge Menschen zu den ihnen wichtigen und sie betreffenden Themen Wissen erwerben, Handwerkszeug entwickeln, unterschiedliche Positionen austesten und sich und ihre Rollen reflektieren. Politische Bildung muss nicht primär auf Handeln und Aktion abzielen, sondern darf ein Raum der Suchbewegungen sein, ein geschützter Raum zur Entwicklung von Kompetenzen und dem Entdecken und Fördern unterschiedlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten. Wo diese eingebracht werden, ob nun weiter im Freundes-, Familien- oder Kolleg*innenkreis oder auch darüber hinaus, mit der Teilnahme an öffentlichen Bewegungen, der Gründung von Bündnissen oder Gruppen, das obliegt der Verantwortung jedes*r einzelnen.

Zweitens, eine politische Bildung, die Mitgestaltung konsequent als Prinzip integriert und unterschiedliche Formen der Verantwortungsübernahme ermöglicht, schafft damit erst die Voraussetzungen für ihre eigene Wirksamkeit. Reizvoll wird es auch für politische Bildner*innen dort, wo es konkret wird und wo die Mitgestaltung Früchte trägt. Die Beispiele aus der Arbeit der et dafür sind vielfältig: Jugendliche und junge Erwachsene tragen ihre Anliegen und Themen in die Arbeit des Netzwerks, sie sind aktiv in die Entwicklung neuer Methoden und Formate eingebunden, sie werden zu Moderator*innen und Teamer*innen, entwickeln Projekte für demokratische Teilhabe. Für politische Bildner*innen ist dies immer wieder eine Möglichkeit, die eigene Arbeit zu reflektieren, sich überraschen und herausfordern zu lassen.



1. Vgl. Reuters Institute for the Study of Journalism (Hrsg.) (2023): Digital News Report 2023. Overview and Key Findings. Oxford. Online verfügbar: <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/digital-news-report/2023/dnr-executive-summary>, Zugriff: 15.11.2023.
2. TUI Stiftung (Hrsg.) (2023): Die Jugendstudie der TUI Stiftung. Jugend Europa 2023. So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren. Hannover. Online verfügbar: https://www.tui-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/06/2023_06_02-YouGov_Ergebnisbericht_TUI-Stiftung_Junges-Europa.pdf
3. Vodafone Stiftung Deutschlang gGmbH (Hrsg.) (2023): Jugend 3.0. Wünsche, Erwartungen und Sorgen einer Generation. Düsseldorf. Online verfügbar: https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/10/Jugend_3.0_Vodafone_Stiftung.pdf
4. Allianz Foundation (Hrsg.) (2023): The Movers of Tomorrow? How Young Adults in Europe Imagine and Shape the Future. Berlin, S. 8f. Online verfügbar: <https://allianzfoundation.org/study>
5. Hafener, Benno (2014): Politische Bildung in der außerschulischen Jugendbildung. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. 4. überarbeitete Aufl., Schwalbach/Ts, S. 222–230, S. 226f.
6. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin, S. 399. Online verfügbar: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>
7. Jantschek, Ole; Wohnig, Alexander (2020): Andere Orte, andere Räume. In: Journal für politische Bildung. 2/2020. S. 10–15, S. 12.
8. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin, S. 387.

Annika Gramoll ist Referentin für politische Jugendbildung in der Geschäftsstelle der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Ole Jantschek ist Bundestutor der Geschäftsstelle der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung.

Dieser Artikel ist erschienen in: Gramoll, Annika; Jantschek, Ole; (Hrsg.): In Verantwortung – Jugendliche als Mitgestalter innen politischer Bildung und demokratischer Politik. Jahrbuch 2023. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 12-17.
www.politische-jugendbildung-et.de*